

Wahlprogramm der Partei „Die Linke“ in Castrop-Rauxel zur Kommunalwahl 2025

Themen

1. Bauen und Wohnen – bezahlbar und gerecht.....	2
2. Inklusion – eine tragende Säule.....	2
3. Gemeinschaft statt Spaltung – soziale Teilhabe für alle.....	3
4. Gesundheit und Pflege.....	3
5. Jugend braucht Raum – Bestehende Zentren stärken.....	4
6. Bildung – Zukunft sichern.....	5
7. Verkehr – menschenfreundlich und klimagerecht.....	5
8. Migration – Integration fördern, Abschiebungen stoppen.....	6
9. Geschlechtergerechtigkeit – Sicherheit und Teilhabe.....	6
10. Queerpolitik – gleichberechtigt leben.....	7
11. Klimaschutz & Klimaanpassung – unsere Stadt muss grüner werden.....	7
12. Haushalt.....	8



1. Bauen und Wohnen – bezahlbar und gerecht

Die Vermietung von Wohnraum ist in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer Gegenstand von Spekulationen. Sie sind die Ursache von Mietsteigerungen, fehlender Instandhaltung und anderen Problemen. Wir finden – das darf nicht sein! Daher fordern wir die Bildung einer kommunalen sozialen Wohnungsgesellschaft und den sofortigen Stopp der Veräußerung städtischer Flächen und setzen uns für den Rückkauf bereits privatisierter Grundstücke ein.

Unsere Forderungen:

- In jedem Bebauungsplan muss festgelegt werden, dass für mindestens 30 % der Wohnungen eine Mietpreisbindung und Belegungsbindung wie im öffentlich geförderten Wohnungsbau gilt.
- Soziale Bindungen für mindestens 30 % der Wohnungen werden auch in allen städtebaulichen Verträgen zwischen der Stadt und Bauherren festgeschrieben.
- Grundstücke im Eigentum der Stadt dürfen nicht an Private verkauft werden – sie werden nur noch im Erbbaurecht vergeben, sodass die Stadt Eigentümerin der Fläche bleibt.
- Es soll ein Baulückenkataster und ein Verzeichnis leerstehender Wohnungen erstellt, und Maßnahmen gegen Leerstand entwickelt werden.
- Gespräche über die Bildung einer kommunalen sozialen Wohnungsgesellschaft sollen wiederaufgenommen werden.
- Solange es keine kommunale soziale Wohnungsgesellschaft gibt, soll die ECAS GmbH soziale Wohnprojekte umsetzen.
- Die Veräußerung städtischer Flächen soll sofort gestoppt werden.
- Bereits veräußerte Grundstücke sollen zurückgekauft werden.

2. Inklusion – eine tragende Säule

Inklusion ist kein Beiwerk, sondern ein Grundprinzip. Alle Menschen sollen – unabhängig von körperlichen, geistigen oder sozialen Voraussetzungen – gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben und im Arbeitsleben teilhaben und sich einbringen können.

Unsere Forderungen:

- Klare Rahmenbedingungen und ausreichend Ressourcen, um Barrieren abzubauen und Vielfalt als Stärke zu begreifen
- Städtische Gebäude wie das Rathaus sollen barrierefrei sein und beispielsweise mit Rampen ausgestattet werden.
- Arztpraxen und Apotheken in Castrop-Rauxel sollen auf Maßnahmen zur Barrierefreiheit hingewiesen werden.
- Die Stadt soll sich an geltendes EU-Recht halten und sowohl die Internetseite der Stadt als auch weitere kommunale Informationsmaterialien barrierefrei gestalten.

- Bei Gewerbeanmeldung in Castrop-Rauxel soll Informationsmaterial ausgegeben werden, um Arbeitgeber über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten aufzuklären.
- Die Wirtschaftsförderung der Stadt soll in regelmäßigen Abständen Informationsmaterial zur Inklusionsförderung an Betriebe senden.
- Die Stadt soll Beratungsmöglichkeiten zur Berufsvermittlung für Menschen mit Behinderungen einsetzen.
- Alle Maßnahmen zur Inklusion sollten nicht für, sondern **mit** Menschen mit Behinderungen beschlossen und umgesetzt werden, um die Autonomie von Menschen mit Behinderungen zu wahren. Weiterhin sollen die Errungenschaften von Menschen mit Behinderungen sichtbar gemacht werden.

3. Gemeinschaft statt Spaltung – soziale Teilhabe für alle

Teilhabe beginnt im Kleinen: Ehrenamt, Bürgercafés, Straßen- und Nachbarschaftsfeste zum Kennenlernen, und Selbsthilfegruppen zur Alltagsbewältigung bei Krankheit und persönlichen Problemen. Doch oft schrecken komplizierte Förderbedingungen ab.

Unsere Forderungen:

- Weniger Hürden und unbürokratische Förderung für kleine Projekte (Bürgercafés, Straßen- und Nachbarschaftsfeste, Selbsthilfegruppen).
- Der städtische Haushalt muss online verständlich und transparent dargestellt werden.
- Förderung des Ehrenamts
- Angebote wie CasPass und Casterix müssen mehr beworben werden, zum Beispiel in Supermärkten oder an Schulen – die Stadt soll proaktiv auf die berechtigten Menschen zugehen, damit mehr Menschen das Angebot nutzen. Aktuell ist es nicht transparent, wer das Angebot überhaupt nutzen darf.
- Die lokale Kleiderkammer und die Tafel in der Castroper Altstadt müssen mehr gefördert und beworben werden.
- Wir sprechen uns gegen eine „defensive Bauweise“ (Anti-Obdachlosen-Architektur) aus, zum Beispiel an Bushaltestellen oder in der Innenstadt.

4. Gesundheit und Pflege

Die gesundheitliche Versorgung in unserer Stadt ist ungleich verteilt. Während die Altstadt über bessere Strukturen verfügt, sind die Randlagen unterversorgt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben keinen Zugang zu barrierefreien Arztpraxen, und es gibt keine wohnortnahe Gesundheitsberatung.

Außerdem nicht genug Präventionsangebote, obwohl Prävention bei der Gesundheit eine wichtige Rolle spielt. Um den Spaß an der Bewegung zu fördern, setzen wir uns für öffentliche, barrierefreie Sportgeräte ein.

Ein weiteres Thema ist der Schutz von hitzegeschädigten Menschen, der mit Fortschreiten des Klimawandels immer relevanter wird. Für hitzegeschädigte Menschen hat die Stadt

bereits Schutzräume geschaffen. Um die Sichtbarkeit dieser zu erhöhen, setzen wir uns für Infotafeln an publikumsintensiven Orten (wie dem Hauptbahnhof, der Innenstadt oder auf den Marktplätzen) ein, auf denen die wichtigsten Informationen in einfacher Sprache zusammengefasst, und der Weg zum nächsten Schutzraum untergebracht sind. Auch im Pflegebereich herrscht reaktives statt vorausschauendes Handeln: Probleme werden geschoben, nicht gelöst. Die Versorgungslücken treffen besonders ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und sozial Benachteiligte. Ein zusätzliches, zu behandelndes Problemfeld stellt die fehlende Geburtshilfe dar. Durch die Schließung der Geburtshilfe in Castrop-Rauxel ist die Anzahl an Hebammen unzureichend, was die Betreuung von werdenden Müttern und Familien mit Neugeborenen erheblich erschwert. Noch schwerwiegender ist das Fehlen von Möglichkeiten zur Entbindung vor Ort. Die nächstgelegenen Kliniken hierfür sind in Dortmund, Bochum oder Datteln. In akuten Situationen ist das für schwangere Frauen viel zu weit weg. Das ist nicht nur unzumutbar, sondern auch gefährlich.

Unsere Forderungen:

- Anschaffung von inklusiven, barrierefreien Sportgeräten zur Prävention
- Stadtteilangebote wie z. B. Gesundheitscafés, in denen Prävention (z. B. Angebote wie Sport-Boxen), Aufklärung und Erstberatung möglich sind
- Mobile Gesundheitsdienste, die regelmäßig in die Stadtteile kommen.
- Kooperationen mit Berufskollegs zur lokalen Ausbildung von Pflegekräften, damit junge Menschen aus der Region auch hierbleiben und arbeiten
- Ausbau der Hebammenversorgung und eine wohnortnahe Geburtshilfe, die werdende Familien in Castrop-Rauxel zuverlässig begleitet und versorgt
- Hitzeschutzräume besser sichtbar machen

5. Jugend braucht Raum – Bestehende Zentren stärken

Die Jugendzentren in Castrop-Rauxel stärken mit ihren Angeboten das Zusammenleben, und dienen darüber hinaus als Ansprechpartner bei Problemen und Lebenskrisen. In Castrop-Rauxel gibt es bereits ein paar Jugendzentren, wie unter anderem das BoGi's Café, das D-Town, oder das Trafo. Die bestehenden Jugendzentren müssen gestärkt werden – finanziell, personell und inhaltlich, um diese Angebote nicht nur dauerhaft zu erhalten und fit für die Zukunft zu machen, sondern auch Grundlage für größere Projekte zu schaffen. Dafür muss auch eine Bedarfsermittlung stattfinden.

Unsere Forderungen:

- Bestehende Jugendzentren finanziell, personell und inhaltlich stärken
- zeitgemäße technische Ausstattung von Jugendzentren, Zugang zu digitalen Lern-Plattformen und Kreativ-Workshops im Bereich Medienkompetenz
- Förderung von Umweltbildung und Nachhaltigkeitsbewusstsein durch Umwelt-Workshops, Urban Gardening und gemeinschaftliche Aktionen zur Erhaltung öffentlicher Plätze

6. Bildung – Zukunft sichern

Jedes Kind hat ein Anrecht auf einen Kita-Platz. Damit dieses Recht nicht nur auf dem Papier existiert, sondern auch in der Realität ankommt, müssen genügend Betreuungsplätze angeboten werden. Diese müssen nach einem Bedarfsplan angeboten werden. Weiterhin darf die Entscheidung, Kinder in die Kita zu schicken, nicht am Geldbeutel scheitern. Zudem sollte die Gebührenordnung niemanden ausschließen, und Kinder sollten ein gesundes und kostenloses Essen an ihrer Bildungsstätte erhalten.

Seit Corona hat die Digitalisierung Einzug in die deutschen Klassenzimmer gehalten. Nun ist es an der Zeit, einen Diskurs darüber zu starten, wie das moderne digitale Klassenzimmer aussehen soll. Daher setzen wir uns für die Förderung und Implementierung offener Standards in Bezug auf Dateiformate, Protokolle, Verschlüsselung und Software ein.

Unsere Forderungen:

- Schulentwicklungsplan und Kita-Bedarfsplan für 2027 bis 2032 auf Basis realistischer Bevölkerungsprognosen
- Für moderne, digitale Klassenzimmer: Förderung offener Standards (Dateiformate, Protokolle, Verschlüsselung, Software)
- Kooperation von Jugendzentren (wie zB dem "BoGis") mit Lehrkräften und zur Verfügung stellen von Räumen in Schulen für eine bessere fachliche Unterstützung bei Sorgen und Nöten im schulischen Bereich
- Ausbau des Gesamtschulangebots in Castrop-Rauxel, um kein Kind von seiner empfohlenen Schule abweisen zu müssen
- Weiterbildungsplan für Erwachsene in Castrop-Rauxel

7. Verkehr – menschenfreundlich und klimagerecht

Viele Straßen in Castrop-Rauxel sind für Familien, Schulkinder oder ältere Menschen ein Sicherheitsrisiko: Raserei, fehlende Querungen, unübersichtliche Ecken. Das Problem betrifft alle Schulwege in der Stadt.

Und unsere Radwege enden oft im Nichts. Flickwerk statt durchgängiger Verbindungen – so wird niemand freiwillig vom Auto aufs Fahrrad umsteigen.

Unsere Forderungen:

- Tempo 30 in sensiblen Bereichen, sichere Zebrastreifen, Ampeln an gefährlichen Übergängen - überall dort, wo Kinder unterwegs sind
- sichere, gut ausgebaute und vor allem durchgängige Radwege von den Wohnvierteln ins Zentrum
- kürzere Rotphasen und schnelleres Grün für Fußgängerinnen und Fußgänger
- barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen (z.B. Vermeidung von holprigen Wegen aus Kopfsteinpflaster als einzigen Zugang zu Orten)
- Sitzbänke an allen Bushaltestellen

8. Migration – Integration fördern, Abschiebungen stoppen

Keine Abschiebungen von Geflüchteten aus Castrop-Rauxel! Außerdem soll Integration nicht als Umerziehung von Migrantinnen und Migranten, sondern als interkultureller Austausch verstanden werden, der zum Beispiel im Rahmen von Nachbarschaftsfesten und ökumenischen Gottesdiensten gefördert werden kann.

Unsere Forderungen:

- Veranstaltung und Förderung von Nachbarschaftsfesten und ökumenischen Gottesdiensten
- Alle Ermessensspielräume nutzen, damit Migrantinnen und Migranten Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten
- Geflüchtete sollen in menschenwürdigen Unterkünften untergebracht und dabei unterstützt werden, festen Wohnraum zu finden
- Integrationskurse fördern – möglichst kostenlos oder mit sehr geringen Teilnahmegebühren
- Unterstützung der Initiative zur Aufnahme von Waisen aus Gaza

9. Geschlechtergerechtigkeit – Sicherheit und Teilhabe

Sicherheit vor Gewalt ist nicht verhandelbar.

Unsere Forderungen:

- Frauen- und Mädchenprojekte fördern, statt zu kürzen
- Sichere Treffpunkte für Mädchen und junge Frauen schaffen
- Frauenhäuser finanziell absichern und Angebot sichtbar machen: Das Frauenhaus darf nicht allein dafür verantwortlich sein, Frauen auf ihr Angebot aufmerksam zu machen, sondern Kommune und Polizei sollten dabei unterstützen.
- Informationen über Hilfsangebote (wie das Heimwegtelefon) und Verhaltenstipps bei Belästigung im öffentlichen Raum zentral sammeln und veröffentlichen, ähnlich wie die Stadt Herne¹
- Angebot für Anruf-Sammel-Taxis ausbauen, damit Frauen nicht allein nachts unterwegs sein müssen
- Städtische Aufklärungsangebote über Verhütung anbieten, damit das Thema niedrigschwellig zugänglich ist und nicht die Schulen allein die Verantwortung tragen
- Stadtteilbegehungen zum Thema *Angsträume* in jedem Stadtteil veranstalten, Angsträume erfassen und für Bürger und Bürgerinnen sichtbar machen.
- Angsträume wie Unterführungen besser ausleuchten und durch weitere bauliche Maßnahmen einsehbar und weniger beängstigend gestalten
- Selbstverteidigungs- und Verhaltenskurse für Frauen und weiblich gelesene Personen anbieten

¹ Siehe <https://www.herne.de/Stadt-und-Leben/Frauen/Unsere-weiteren-Themen/Catcalling/>, zuletzt abgerufen am 13.08.2025

10. Queerpolitik – gleichberechtigt leben

Wir brauchen kommunale Aktionspläne mit klaren Maßnahmen und ausreichender finanzieller und personeller Ausstattung, die gemeinsam mit queeren Organisationen, Beratungsstellen und der Zivilgesellschaft entwickelt werden.

Unsere Forderungen:

- Kommunale Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen einrichten und absichern
- Queere Initiativen wie den Christopher Street Day fördern und zur Verfügung stellen von Schutzräumen und Ansprechpersonen
- Unterstützung des Aufbaus von Räumen für diverse Menschen, ähnlich der 'Rosa Strippe' in Bochum²

11. Klimaschutz & Klimaanpassung – unsere Stadt muss grüner werden

Die Europastadt im Grünen soll wieder grüner werden. Bäume bieten Schatten, wirken einer Überhitzung der Umgebung entgegen und liefern Sauerstoff. Daher setzen wir uns für die Pflanzung neuer Bäume ein. Bestehende Alleen sollen vervollständigt werden, zum Beispiel nahe der B235 am Evangelischen Krankenhaus. Außerdem muss jede Baumaßnahme Klimaanpassung und Begrünung mitdenken. So sollen weniger Flächen versiegelt werden, und die bereits versiegelte Flächen wie zum Beispiel Verkehrsinseln sollten – wo möglich – entsiegelt, begrünt, oder zum Ableiten von Regenwasser genutzt werden. Zum Schluss fordern wir auch, dass auf der Allee zur Internationalen Gartenausstellung 2027 mobile Bäume aufgestellt werden anstelle eines Schilderwalds.

Unsere Forderungen:

- mehr Bäume im Stadtgebiet - zum Beispiel durch Vervollständigung bestehender Alleen
- weniger Versiegelung von Flächen
- Entsiegelung von Verkehrsinseln und anschließende Begrünung oder Nutzung zum Ableiten von Regenwasser
- effektiveres Vorgehen gegen Steingärten
- (schnellere) Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Photovoltaik
- Aufstellung mobiler Bäume auf der Route zur Internationalen Gartenausstellung
- Nutzung von Bio-Abfall (zum Beispiel Strauch- und Grünschnitt, Laub oder Mähgut) zur Energiegewinnung (Biogas)

² Siehe <https://rosastrippe.net>, zuletzt abgerufen am 13.08.2025

12. Haushalt

Wir sind uns bewusst, dass städtische Investitionen, wie wir sie fordern, Geld kosten. Wir wissen auch, wie die Haushaltslage der Stadt Castrop-Rauxel derzeit aussieht. Daher fordern wir, dass sich die Stadt stärker darum bemühen soll, Gelder vom Land Nordrhein-Westfalen zu bekommen, um Projekte wie zum Beispiel für das Klima, den Verkehr, oder den Ausbau von Jugendzentren voranzutreiben. Eine konkrete Maßnahme wäre zum Beispiel, dass sich die Stadt Castrop-Rauxel, und insbesondere der amtierende Bürgermeister, öfter bei Initiativen wie etwa Brandbriefen der Kommunen an den Ministerpräsidenten anschließen³, anstatt die angespannte Haushaltslage einfach hinzunehmen.

Impressum

Die Linke Stadtverband Castrop-Rauxel
V.i.S.d.P. Alexandra Schlüter
c/o Die Linke Kreisverband Recklinghausen
Kaiserwall 26, 45657
E-Mail: stadtverband@die-linke-castrop.de

³ Siehe z.B. <https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/kommunen-schlagen-alarm-handlungsfahigkeit-gefaehrdet.html>, zuletzt abgerufen am 13.08.2025